

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846-48 ppbn d



## Inhalt

33. Jahrgang / 243

19. Dezember 1978

Herbert Schmalstieg,  
Oberbürgermeister von  
Hannover, fordert mehr  
Rechte und soziale  
Gleichstellung für aus-  
ländische Arbeitnehmer  
und ihre Familien.

Seite 1/2

Horst Seefeld MdB/MdEP  
ruft zu hoher Wahlbetei-  
ligung bei der Europa-  
Wahl 1979 auf.

Seite 3

Karsten D. Voigt, Stellv.  
Obmann der SPD-Bundes-  
tagsfraktion im Auswärtigen  
Ausschuß und Ge-  
schäftsführer der "Ini-  
tiative für Frieden, in-  
ternationalen Ausgleich  
und Sicherheit", bezeich-  
net die ständige Entwick-  
lung neuer Waffentechno-  
logien als Erschwernis  
für Verhandlungen über  
Rüstungskontrolle und  
Rüstungsbegrenzung.

Seite 4-6

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

Soziale Gleichstellung für Ausländer

Wer unser Sozialprodukt mit erwirtschaftet, muß auch unsere Rechte haben

Von Herbert Schmalstieg  
Oberbürgermeister von Hannover

Durch die am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft getretenen Änderungen zum Aufenthaltsrecht der Ausländer in der Bundesrepublik und der Änderung der Arbeitserlaubnisverordnung sowie der geplanten Reform des Ausländergesetzes sind die Probleme der ausländischen Arbeitnehmer in unserem Staat zur Zeit besonders aktuell, zumal eine ständig wachsende Zahl von Ausländern beabsichtigt, auf Dauer im Bundesgebiet zu bleiben.

Mindestens jeder zweite Ausländer lebt heute bereits länger als sechs Jahre in der Bundesrepublik, insgesamt 500.000 wohnen sogar über zehn Jahre hier. Obwohl mit der Dauer ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik die Entfremdung zum Heimatland steigt und gleichzeitig der Wunsch nach einer Verfestigung des ausländerrechtlichen Status im Gastgebiets wächst, leben die ausländischen Arbeitnehmer mit ihren Familien häufig völlig isoliert von der deutschen Bevölkerung. Soziale und menschliche Gründe gebieten es uns, diese Isolation abzubauen und die Eingliederung unserer ausländischen Mitbürger in Arbeitswelt und Gesellschaft zu erleichtern. Nur die absolute soziale Gleichstellung von ausländischen Familien mit der deutschen Bevölkerung und eine vollständige Integration kann - besonders unter dem Gesichtspunkt, daß jetzt bereits die 2. Ausländergeneration in der Bundesrepublik aufwächst - Konflikte auf Dauer verhindern.

Die besonderen Probleme, die sich gerade für die Kinder der ausländischen Arbeitnehmer stellen, sind leider bisher weitgehend ungelöst und äußerst brisant. Vielfach beherrschen die ausländischen Jugendlichen weder die deutsche noch ihre

Muttersprache richtig und werden dadurch weder in ihrem Heimatland noch im Gastland richtig Fuß fassen können. Obwohl viele von ihnen bereits in der Bundesrepublik geboren sind, werden sie stets Fremde in unserem Staat bleiben, wenn wir ihnen nicht Hilfestellung für eine schnellstmögliche Integration geben.

Die Hilfe muß bereits im Schulbereich einsetzen - denn nur knapp die Hälfte der Kinder der ausländischen Arbeitnehmer erreicht den Hauptschulabschluß - und muß sich fortsetzen über den Freizeitbereich bis hinein in die Familien, in denen sich immer häufiger Generationsprobleme bemerkbar machen.

In Hannover sind mit dem Versuch einer integralen Unterrichtsorganisation an zwei Schulen, der Einrichtung eines türkischen Jugendzentrums und dem Plan des Ausländerbeirates zur Schaffung eines Lehrganges für ausländische Jugendliche zum Erwerb des Berufsgrundbildungsjahr-Abschlusses im Berufsfeld Metall erste Schritte unternommen. Dabei wird es aber nicht bleiben dürfen!

Klarheit über eine künftige Existenz und eine Sicherheit für den künftigen Lebensweg in einem sozialen Rechtsstaat sind nicht nur ein Privileg der deutschen Staatsangehörigen, sondern müssen in gleicher Weise auch den Ausländern zugestanden werden.

Viele ausländische Familien gehen jedoch weiterhin davon aus, daß sie sich nur vorübergehend in der Bundesrepublik aufhalten und als Ziel immer noch eine baldige Rückkehr ins Heimatland anstreben, dürfen wir unter Integration nicht nur bloße Anpassung an unsere Lebensweise verstehen, sondern müssen uns vielmehr bemühen, Verständnis für ihre andere Mentalität zu gewinnen und ihnen die Rückkehrfähigkeit ins Heimatland zu erhalten.

Diese sehr verschiedenen Zielsetzungen - Integration und Erhalt der Rückkehrfähigkeit - erfordern von den Städten und Gemeinden, daß sie ihre Angebote für die ausländischen Arbeitnehmer und Familien differenzieren und auf die Bedürfnisse des einzelnen abstellen. Um die Ausländer hierbei selbst in die Überlegungen einzubeziehen und weil die Beteiligung der Ausländer an allen sie betreffenden Entscheidungen eine wichtige Voraussetzung für ihre soziale Integration ist, hat die Landeshauptstadt Hannover vor drei Jahren einen Ausländerbeirat gebildet, der auf kommunaler Ebene die Interessen der Ausländer gegenüber dem Rat und der Verwaltung vertritt.

Die Bildung von Ausländerbeiräten reicht jedoch nicht aus. Entscheidungen, die vom Rat einer Stadt getroffen werden, berühren den ausländischen Mitbürger - wie jeden Einwohner - unmittelbar. Deshalb ist der Beschluß des SPD-Bundesparteitages 1975 in Mannheim, allen Ausländern, die mindestens fünf Jahre in der Bundesrepublik leben, das Kommunalwahlrecht zuzugestehen, auch endlich in die Tat umzusetzen. Einen solchen Beschluß faßte auch der SPD-Unterbezirks-Parteitag von Hannover, als er den Niedersächsischen Landtag und die Parteien im Bundestag aufforderte, endlich entsprechende Gesetzesinitiative zu ergreifen. Es ist den bei uns lebenden Ausländern gegenüber ungerecht, sie nicht an örtlichen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, obwohl sie einen wesentlichen Teil unseres Sozialprodukts mit erwirtschaften. Es ist darüber hinaus unverständlich, von Europa zu sprechen und die Europawahl vorzubereiten, aber Ausländer von regionalen Wahlen fernzuhalten. Dabei sollten sich die bestehenden Parteien der ausländischen Minderheiten annehmen und sich ihren Problemen öffnen.

Neben das Bestreben der Kommunen, die Ausländer an den kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, muß aber auch ein Umdenkungsprozeß bei der deutschen Bevölkerung treten, wenn die Bemühungen um eine Integration der ausländischen Familien Erfolg haben soll.

(-/19.12.1978/ks/hgs)

## Das neue Parlament braucht Schubkraft

Hohe Wahlbeteiligung bei der Direktwahl bedeutet Ja zur EG

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Bis zur Direktwahl des Europäischen Parlaments im Juni des nächsten Jahres werden Meinungsbefragungsinstitute von Zeit zu Zeit Ergebnisse über die vermutliche Wahlbeteiligung veröffentlichen. Was man auch immer von derartigen Befragungen halten mag, man wird sie zur Kenntnis nehmen müssen.

Dieser Tage wurde das Hamburger Kehrmann-Institut zitiert. Danach wollen mehr als die Hälfte der Bundesbürger sich an der Europa-Wahl beteiligen. In einer Erhebung, die am 29. November in Hamburg veröffentlicht wurde, gaben 57,2 Prozent von tausend befragten Bundesbürgern an, daß sie auf jeden Fall ihre Stimme abgeben wollen. 20,1 Prozent haben nicht die Absicht, zur Wahlurne zu gehen und 22,5 Prozent antworteten mit: "Ich weiß noch nicht." Andere Ergebnisse der letzten Zeit zeigen ähnliche Tendenzen. Doch egal wie, die Wahlbeteiligung muß höher liegen.

Bei dieser ersten direkten Wahl des Europäischen Parlaments stehen die Wahlstrategen allerdings vor gewissen Schwierigkeiten. Hier gibt es bislang keine Erfahrungswerte. Die Bürger kennen diese Wahl noch nicht und wissen mit dem Europäischen Parlament bislang wenig anzufangen. Zwar wird man sich künftig daran gewöhnen müssen, daß man so wie den Gemeinderat, den Kreisverordneten, den Ober- oder Bürgermeister, den Landtags- und Bundestagsabgeordneten auch den Abgeordneten für das Europäische Parlament zu wählen hat. Solange jedoch die Kompetenzen dieser Parlamentarier nicht klar sind, scheint es für einen Teil der Bürger schwer zu sein, sozusagen "auf Verdacht" Bewerbern die Stimme für das Europäische Parlament zu geben. Wenn in den ersten fünf Jahren dieses neuzuwählenden Parlamentes die Abgeordneten eine Reihe von Zuständigkeiten von Regierungen erstritten und das Parlament "attraktiver" gemacht haben, werden bei der zweiten Wahl im Jahr 1984 die Voraussetzungen des Verständnisses besser sein als heute.

Allen, die sich um eine möglichst hohe Wahlbeteiligung bemühen, kann als Argumentationshilfe noch dienen, daß es bei dieser ersten Wahl nicht nur darum geht, die Partei X oder Y zu wählen. Vielmehr ist erstmals die Gelegenheit geboten, durch eine hohe Wahlbeteiligung zugleich das Ja der Bürger, z.B. der Bundesrepublik Deutschland, zur Europäischen Gemeinschaft zum Ausdruck zu bringen. Hierfür sollten sich alle Beteiligten einsetzen und auf diese zusätzliche Abstimmungsmöglichkeit hinweisen. Eine hohe Wahlbeteiligung gibt außerdem dem neuen Parlament eine gewisse Schubkraft. Wären nur wenige Wahlbürger bereit, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, hätte das Parlament von vornherein mit einer gewissen Belastung anzutreten. Solche, die dem europäischen Gedanken nicht wohlgesonnen sind, könnten nämlich in das Wahlergebnis hineininterpretieren, daß die Bürger der Europäischen Gemeinschaft oder - in unserem Fall - die Deutschen sich gegen Europa durch ihr Desinteresse bei der Wahl ausgesprochen hätten. Man sollte auch daran denken.

(-/12.12.1978-hs/hngs)

+ + +

## Politiker müssen Kontrolle über Rüstung zurückerlangen

---

Qualitative Momente des Wettrüstens lassen sich kaum exakt messen

Von Karsten D. Voigt MdB

Geschäftsführer der "Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit"

Das neue Hauptmerkmal des gegenwärtigen Wettrüstens ist eine kontinuierliche qualitative Veränderung der Waffen und Ausrüstungen. Die Kontinuität dieses Prozesses sorgt für eine ständige Veränderung der Bedingungen des militärischen Gleichgewichts. Sie gefährdet dadurch die Stabilität einer auf dem Gleichgewicht ruhenden Sicherheit.

Obwohl aufgrund militärischer Modernisierungen stets Veränderungen des militärischen Kräfteverhältnisses stattfinden, ist die sicherheitspolitische Relevanz dieser Veränderungen im Einzelnen immer schwerer eindeutig einzuschätzen und zu bewerten. Der komplexe Charakter moderner Waffen läßt frühere Vergleichsmaßstäbe immer unbrauchbarer werden. Heute verringert sich die Bedeutung der Aufrechnung von Soldaten gegen Soldaten, Panzer gegen Panzer, Mega-Tonnen gegen Mega-Tonnen. Dagegen wächst für die Beurteilung des militärischen Gleichgewichts die Bedeutung der Funktionsfähigkeit elektronischer Leitsysteme, der Optimierung des Verhältnisses von Größe, Gewicht, Geschwindigkeit, Antriebskraft, Schlagkraft und Zielgenauigkeit bei verschiedenen Waffen und der Fähigkeit zur militärischen Verwertung neuester Technologien. Diese qualitativen Momente des Wettrüstens lassen sich kaum exakt messen und vergleichen. Sie sind offen für subjektive Beurteilungen auf beiden Seiten.

Die Fortschritte in der Rüstungstechnologie der letzten Jahre beziehen sich im wesentlichen auf zwei Bereiche:

- auf die Entwicklung von Munition
- auf die Entwicklung von Abschußsystemen

In beiden Bereichen haben qualitative Wandlungen stattgefunden, die von der Öffentlichkeit über lange Zeit hinweg kaum wahrgenommen wurden, weil sie - im Vergleich etwa mit der Erfindung der Atombombe oder mit der Entwicklung der Weltraum-Technologie - weniger spektakulär waren. Sie sind dennoch bedrohlich und umfassen sowohl die konventionellen als auch die nuklearen Waffentechnologien.

Zu den wichtigsten Neuerungen auf dem Gebiet der konventionellen Munition gehören Bomben, deren Zerstörungskraft auf Druckwellen, Fragmentation und Brandeinwirkungen beruht. So z.B. die FAE (Fuel Air Explosives). Das sind an der Luft explodierende Flüssigbomben, von denen mehrere in einem hohlen Verteilerbehälter (Kluster) untergebracht sind und die bei ihrer Explosion große Flächen zerstören können. Eine der modernsten Varianten dieser Munition ist der CBU - 72 - Behälter mit den FAE-Bomben. Jede dieser Bomben setzt eine Wolke von Äthylenoxyd frei, die danach mit einem Verzögerungszünder zur Explosion gebracht wird. Die Druckwelle vernichtet Menschen, Landminen und andere Teile aus leichteren Materialien in einem Umkreis von 700 Quadratmeter pro Bombe.

Schon ältere Versionen von Kluster-Bomben, die allerdings noch nicht mit dem hochwirksamen Flüssigsprengstoff FAE gefüllt waren, haben verheerende Wirkungen gehabt. So war im Vietnam-Krieg eine einzige Kluster-Bombe, die in einer Höhe von 200 Meter gezündet wurde, in der Lage, ihre Fragmente so zu versprengen, daß Menschen in einem Wirkungsbereich von 300 Meter bis zu 1.000 Meter getötet oder verwundet wurden. Neuere Entwicklungen zielen auf eine weitere Erhöhung der Sprengkraft. Laut SIPRI (1978) könnten bereits 24 FAE-Bomben mit einem Gewicht von je 45 Kilogramm - das ist eine Menge, die auch

von Hubschraubern befördert werden kann -, eine Zerstörungswirkung von 10 Tonnen TNT haben.

Mit der Weiterentwicklung solcher und ähnlicher Waffen wird die Kluft zwischen konventionellen und nuklearen Waffen immer kleiner.

Die qualitativen Veränderungen im Bereich der Abschußsysteme sind dadurch gekennzeichnet, daß die Errungenschaften der Mikroelektronik, der Lasertechnologie, der elektromagnetischen Sensoren für Radar, Infrarot und optische Entfernungs- und Datenübertragungsanlagen zur Fernsteuerung oder automatischen Zielfindung eingesetzt werden. Auf diese Weise wurden Präzisionswaffen (PGMs - precision guided munitions), entwickelt, die konventionelle Sprengköpfe mit außerordentlich hoher Treffgenauigkeit ins Ziel lenken.

Die erhöhte Treffgenauigkeit ist eines der hervorstechenden Merkmale auch der nuklearen Waffentechnologie. Sie hat die Verwundbarkeit, insbesondere der bisherigen landgestützten Interkontinental-Raketen und der strategischen Bomber erhöht und eine Entwicklung zur Einführung mobiler ICBM-Systeme mit entsprechend geringerer Verwundbarkeit eingeleitet. Zu den neuesten Produkten, die gegenwärtig entwickelt und erprobt werden, gehört die sowjetischen SS-X-16 - eine mobile ICBM mit erhöhter Treffsicherheit ihrer Nuklearsprengköpfe. (Die Treffsicherheit wird in CEP angegeben. CEP = Circular Error Probability, d.h. der Radius eines um den Zielmittelpunkt geschlagenen Kreises, in den mit 50prozentiger Wahrscheinlichkeit die Waffen treffen). Des weiteren die mobile Mittelstreckenrakete SS-20 sowie die seegestützte Langstreckenrakete SS-NX 18 mit drei MIRV-Sprengköpfen, die für die 80er Jahre entwickelt wird und als Bewaffnung der strategischen Nuklear-U-Boote der "Delta" Klasse vorgesehen ist.

Auch in den USA werden Sprengköpfe mit deutlich gesteigerter Treffwahrscheinlichkeit konzipiert, so z.B. der Mark 12 - ein Sprengkopf für ballistische Raketen wie der Minuteman III mit einer Ziengenauigkeit (CEP) von 200 Meter. Ebenfalls im Entwicklungsstadium sind Sprengköpfe mit der Bezeichnung MARV. Hierbei handelt es sich um einen steuerbaren, wieder in die Atmosphäre eintretenden Flugkörper, der noch in der Endphase seiner Flugbahn die Richtung ändern kann. Als Trägersystem für die MARV-Sprengköpfe werden zur Zeit neue Raketen entworfen, die dem gegenwärtigen Trend nach Mobilität auch bei landgestützten ICBMs entsprechen. Das geplante M-X-System ist eine solche Neuentwicklung. Es wird sieben bis 14 MARVs aufnehmen können und soll in unterirdischen Tunneln von 25 Kilometer Länge mobil untergebracht werden.

Geplant ist auch, die strategischen U-Boote mit Raketen auszustatten, die MARV-Sprengköpfe befördern. Diese Entwicklung würde mit dem Bau der Trident-D-5 Rakete eingeleitet. Zunächst werden jedoch in die U-Boote der Trident-Klasse SLBMs vom Typ C-4 eingebaut, die noch mit MIRV-Sprengköpfen bestückt werden. Sie verfügen gegenüber den bisherigen Raketen vom Typ Poseidon C-3 über eine doppelte Reichweite und eine CEP von ungefähr 500 Meter. Aber auch diese Neuerung, die die MARV-Technologie noch nicht berücksichtigt, steigert die strategische Bedeutung der SLBMs außerordentlich. Ein einziges Trident-Boot hat mit seinen 24 Langstreckenraketen die zwei- bis dreifache Vernichtungskraft der Bombe von Hiroshima und kann sämtliche sowjetische Städte mit einer Bevölkerung von über 200.000 angreifen. (Kennedy)

Ein anderes Produkt neuester Waffentechnologie sind die Langstrecken-Cruise-Missiles. Das sind kleine, sehr manövrierfähige, tieffliegende unbemannte Flugkörper, die sowohl mit einem nuklearen als auch mit einem konventionellen Sprengkopf ausgestattet werden können. Sie erlangen ihre Zielgenauigkeit von wenigen Dutzend Metern dadurch, daß ihre elektronischen Steuersysteme die Flugbahn mit eingespeicherten Landschaftsmerkmalen vergleichen und korrigieren. Damit wird ihre Zielgenauigkeit unabhängig von der Entfernung der Abschußbasis. Da sie sowohl von Flugzeugen als auch von See und Land aus gestartet werden können, variiert ihre Reichweite.

Die Cruise-Missiles sind ein besonders typischer Vertreter der modernen Waffengeneration, da sowohl ihre Bewaffnung als auch ihre Trägersysteme wechseln können, sie herkömmliche

Radaranlagen unterfliegen können und mit sehr leichten und genauen Lenkungssystemen - wie z.B. das Mc Donnal d Douglas-Terrain Contour Matching (TERCOM)-System arbeiten.

Zu dem Bereich neuester Nuklear-Technologie gehört schließlich auch die Miniaturisierung taktischer Nuklear-Waffen. Das inzwischen bekannte Beispiel dieses Entwicklungstrends ist die Neutronenbombe. Die Verkleinerung von Nuklear-Waffen ist deswegen von besonderer Bedeutung, weil hierdurch Nuklear-Waffen auf dem Gefechtsstand eingesetzt werden können und damit ein Atomkrieg wieder in den Bereich des möglichen rückt.

Dieser Aspekt, daß das nukleare Potential nicht nur zur Abschreckung, sondern auch zur realen Kriegsführung geeignet ist, kennzeichnet nicht nur die taktischen Nuklear-Waffen sondern sämtliche Neuentwicklungen in diesem Bereich also auch die strategischen Waffen. Deren erheblich gesteigerte Präzision erhöht die Wahrscheinlichkeit, das nukleare Waffenarsenal des Gegners mit einem Erstschlag vernichten zu können.

Die neuesten Waffenentwicklungen haben aber nicht nur einen technologischen und militärhandwerklichen Aspekt sondern auch einen politischen. Sie haben zu einer Situation geführt, in der nicht mehr politische und militärpolitische Konzeptionen die Einführung entsprechender Waffensysteme festlegen. Heute verläuft dieser Prozeß umgekehrt. Neue Technologien bereiten den Weg neue militärische Aufgaben und neue Doktrinen. Damit aber verleiht die Waffenentwicklung selbst - und nicht etwa die politischen Ziele, Interessen, Konflikte u.ä. - dem Wettrüsten die entscheidende Triebkraft. Die strategischen Doktrinen und politischen Konzeptionen erscheinen im Lichte dieser Triebkraft häufig nur noch als nachträgliche Rationalisierungen, die mit politischer Vernunft und rationalem Zweck-Mittel-Kalkül nur wenig zu tun haben.

Die Politiker jagen mit ihren Vereinbarungen den von ihnen zum Teil geförderten, zum Teil sich mehr oder weniger faktisch ihrer politischen Kontrolle entziehenden Entwicklungen ständig neuer Rüstungstechnologien hinterher. Wenn die Politiker die Kontrolle über die Entwicklung neuer Rüstungstechnologien nicht zurückgewinnen, geben sie die Kontrolle über den Rüstungsprozeß selber aus der Hand.

Die Entwicklung ständig neuer Waffentechnologien erschwert und kompliziert die Verhandlungen zur Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung zwischen Ost und West. Nie können alle Unwägbarkeiten vermieden oder auch nur das militärische Gleichgewicht der Kräfte exakt definiert werden. In gewissem Umfang müssen diejenigen, die in Ost und West Vertragsverhandlungen zur Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle führen, bereit sein, einen Rest an Risiko zu wagen. Hierzu ist ein Mindestmaß an Vertrauen im Sinne einer Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West erforderlich, das durch ein möglichst hohes Maß an Kooperation schrittweise, geduldig, mühsam und langfristig erarbeitet werden kann.

(-/19.12.1978/h1/hgs)